

Zweistelliges Lohnplus auch für Beamte im Land in Sicht

Baden-Württembergs Finanzminister Bayaz signalisiert die Bereitschaft, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst eins zu eins auf die Beamten im Südwesten zu übertragen. Die Rechnung ist milliardenschwer.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTGART/POTSDAM. Die Tarifbeschäftigten des Landes Baden-Württemberg haben nach der Einigung im öffentlichen Dienst Klarheit: Im Schnitt um gut elf Prozent, so die bundesweite Rechnung von Gewerkschaften und Länder-Arbeitgebern, sollen ihre regulären Gehälter in den nächsten zwei Jahren steigen – um mindestens 340 Euro mehr im Monat. Nun stehen zwischen dem Finanzministerium und den Gewerkschaften die Übernahmeverhandlungen für die Beamten und Pensionäre im Land an.

Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) zeigt sich schon bereit, den Abschluss eins zu eins auf die Staatsdiener zu übertragen. „Die Tarifverhandlungen waren ein sehr anspruchsvoller Spagat zwischen angespannter Haushaltslage einerseits und Sicherung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes andererseits“, sagte er. „Das Ergebnis einer durchschnittlichen Steigerung von mehr als zehn Prozent ist ein guter, ausbalancierter Kompromiss.“ Er werde „den Beteiligten in Baden-Württemberg vorschlagen, das Tarif-

„Ich werde vorschlagen, das Tarifergebnis auf unsere Beamte zu übertragen. Auch das dient dazu, gute Fachkräfte in unserer Verwaltung zu halten und neue zu gewinnen.“

Danyal Bayaz,
Landesfinanzminister

Foto: dpa/
Bernd Weißbrod



ergebnis inhaltsgleich auf unsere Beamtinnen und Beamte zu übertragen“, so Bayaz. Auch dies diene dazu, gute Fachkräfte in der Verwaltung zu halten und neue zu gewinnen.

Betroffen sind 188 000 Beamte und 151 000 Versorgungsempfänger von Land und Kommunen. Der Beamtenbund-Vorsitzende im Südwesten, Kai Rosenberger, hatte schon Ende November im Finanzministerium klargemacht, dass für ein „reiches Land wie Baden-Württemberg“ nur die Eins-zu-eins-Übertragung infrage kommen dürfe.

23,9 Milliarden Euro betragen die Gesamtkosten des Tarifabschlusses für alle Länder. Darin enthalten ist auch die steuerfreie Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 3000 Euro – die erste Rate von 1800 Euro sollen die Beschäftigten möglichst noch im Dezember erhalten. Auch für Baden-Württemberg gibt es schon eine erste Rechnung: „Wie erwartet werden wir uns bei den Kosten im Bereich von etwa 3,4 Milliarden Euro für die gesamte Laufzeit von 25 Monaten bewegen“, sagte Minister Bayaz. „Für das nächste Jahr haben wir dafür im laufenden Doppelhaushalt Vorsorge getroffen.“